

POM 65 2017.POM.515

Planungserklärung

Version 3

11.06.2019 / AO

Überprüfung des Personalbestandes der Kantonspolizei. Bericht des Regierungsrates in Erfüllung der Motion 138-2016 Wüthrich (Huttwil, SP)

Urheber/-in	Antrag	+	-
		++	--
SiK (Veglio)	1. Die bestehende Überzeit beim Personal der Kantonspolizei wird in Abhängigkeit mit einer Bestandeserhöhung durch Kompensation abgebaut.	+	
SiK (Veglio)	2. Für die «Weiterentwicklung Bedrohungsmanagement» vertieft der Kanton die Grundlagen, welche die Vorgehensweise und den dafür notwendigen personellen Bedarf konkret ausweisen.	+	
SiK (Veglio)	3. Der Kanton vertieft, gegebenenfalls zusammen mit anderen Kantonen, den Teilbereich Cyberkriminalität / Cyberrisiken und klärt die Ausgangslage, die Aufgaben des Kantons und die Schnittstellen und Abgrenzungen zum Bund. Er beschreibt die Vorgehensweise und weist den notwendigen personellen Bedarf (Präventionsfachleute, IT-Fachleute, Pädagogen etc.) aus.	+	
SiK (Veglio)	4. Die Anstellungsbedingungen für Mitarbeitende mit Polizeiausbildung sind so auszugestalten, dass die Kantonspolizei Bern bei der Rekrutierung von Polizistinnen und Polizisten gegenüber Korps angrenzender Kantone nicht benachteiligt ist. Der Regierungsrat berücksichtigt die Finanzlage und die allgemeinen Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals.	+	



SiK (Veglio)	5.	Nach Abschluss der ersten Etappe erfolgt eine Evaluation und der Personalbestand der Polizei wird überprüft. Das Resultat wird vor dem Kredit für die zweite Etappe dem Grossen Rat vorgelegt.	+	
SiK (Veglio)	6.	Die SiK wird periodisch über den Umsetzungsstand der ersten Etappe durch die POM informiert.	+	
Knutti (SVP)	7.	Die Aufstockung des Personalbestandes soll nicht zum Ausbau der Verkehrskontrollen und Radar-Überwachung zweckentfremdet werden, sondern gezielt zur Kriminalitätsbekämpfung und zum Abbau der Überstunden eingesetzt werden.	+	
Kullmann (EDU) Riesen (SP-JUSO-PSA) Graber (SVP) Beutler (EVP)	8.	Mit der Aufstockung des Personalbestandes soll der Bekämpfung der Pädokriminalität, des Menschenhandels und des Menschenschmuggels ebenfalls eine höhere Priorität eingeräumt werden.		--